

Rede 1. Mai 2011 in Erfurt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich überbringe euch die solidarischen Grüße des Landesverbandes der Partei DIE LINKE. Um es gleich ganz konkret zu sagen: Ich habe eine Rote Karte mitgebracht, die wir der schwarz – gelben Bundesregierung für ihre miserable Politik zeigen wollen.

Wir sagen : Es reicht, Rote Karte zum Abtreten wegen Hartz IV, Sparpaket, Kürzungswahn und Kopfpauschale. Her mit einem gesetzlichen Mindestlohn, mit gerechten Steuern und einem solidarischen Gesundheitswesen !

Richtig , liebe Kollegen, das ist das Mindeste !

Wir fordern nachdrücklich endlich equal pay, gleicher Lohn für gleiche Arbeit und zwar für Frauen und Männer, für Arbeitnehmer in Ost und West, egal wo sie herkommen und für Beschäftigte aller Art, d.h. auch keine Lohnunterschiede für Leiharbeiter und Kernbelegschaften.

Wir sagen ganz klar als LINKE: Mindestlohn statt Lohndumping! Uns reichen auch nicht die branchenspezifischen Mindestlöhne, noch dazu wenn sie Unterschiede zwischen Ost und West weiter zementieren, wie z.B. in der Pflege und in der Leiharbeit, denn 7,79 € West und 6,89 € Ost sind in mehrfacher Hinsicht für uns nicht zu akzeptieren.

Wir fordern: Tarifgerechte Bezahlung und weg mit den Niedriglöhnen, für die in prekärer Beschäftigung mittlerweile 30 % der Beschäftigten arbeiten, auch in Thüringen.

Viele von ihnen arbeiten und bleiben dennoch im Hartz IV-Bezug, weil die Löhne so gering sind. Das ist eine Schande und entwürdigend !

Gerade angesichts der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die ab heute auch in Deutschland in kraft tritt, ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes das Gebot der Stunde.

Ein soziales, solidarisches und auf gleichen Rechten beruhendes Europa ohne Ausgrenzung und Diskriminierung, das ist es, was wir wollen.

Menschenrechte, gleiches Recht, das muss für alle gelten, und nicht nur für die Fachkräfte, die den Unternehmen genehm sind. Wir sind dafür, dass Europa zusammenwächst. Da ist die Arbeitnehmerfreizügigkeit ein wichtiger Schritt.

Aber wir sind vor allen Dingen dafür, Menschen nicht gegeneinander auszuspielen und auf ihrem Rücken Lohndumping und Schmutzkonzurrenz zu betreiben.

Viele Menschen haben Angst vor negativen Auswirkungen hier und den Gewerkschaften. Den Gewerkschaften und uns wird ja Angst und Panikmache vorgeworfen. Das ist falsch, es gibt Ängste und ich finde, die muss man ernst nehmen. Dem gilt es natürlich entgegenzuwirken, beispielsweise durch Löhne, von denen Mensch leben kann.

Aber man muss schon sagen, dass die Bundesrepublik neben Österreich der einzige „alte“ Mitgliedstaat der EU war, der die Arbeitnehmerfreizügigkeit über den höchstmöglichen Zeitpunkt – 7 Jahre - ausgesetzt hat.

Begründet wurde das ursprünglich mit der konkreten Arbeitsmarktsituation in Deutschland und auch mit dem gespaltenen Arbeitsmarkt Ost und West. Aber ich sage euch, Hauptgrund war die strikte Weigerung der Bundesregierungen der letzten Jahre - und heute der schwarz-gelben erst recht hinreichende nationale Regelungen gegen ruinösen Lohnwettbewerb einzuführen.

Wie ihr wisst, fordert die LINKE einen existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn von 10 €, die Gewerkschaften und SPD wollen 8.50 € . Ich sage aber auch: Das ist nicht unser Streitpunkt. Wir lassen uns nicht wegen 50 Cent mehr oder weniger auseinander dividieren.

Nehmen wir doch das Beispiel Frankreich. Die haben jetzt erst wieder zum 1.1. 2011 ihren gesetzlichen Mindestlohn um 1,6, % angehoben und sind bei 9 € . Was in 20 von 27 EU-Ländern geht, muss auch endlich in Deutschland möglich sein. Wie jetzt eine umfassende Studie erneut gezeigt hat, sind 76 % der die

Befragten für die sofortige Einführung eines entsprechenden Mindestlohnes. Prima.

Demokratie heisst Volksherrschaft, d.h. Mehrheiten entscheiden. Also dürfen wir nicht nachlassen die Bundesregierung zu zwingen, jetzt endlich zu handeln ! Der Worte sind genug gewechselt, jetzt müssen taten folgen.

Da dürfen wir auch in Thüringen nicht locker lassen. Alle Initiativen und Maßnahmen, die auf faire Arbeitsbedingungen und Gute arbeit gerichtet sind, unterstützt die LINKE, so auch den Vorstoß des Wirtschaftsministers, keine Fördermittel für Investitionen zu vergeben, wenn Unternehmen mehr als 30 % Leiharbeiter haben. Wer Geld oder Aufträge vergibt, soll auch über die Bedingungen und Konditionen entscheiden, nach denen verteilt wird. Da hat die öffentliche Hand Einflussmöglichkeiten.

Deshalb ist es bedauerlich, dass es mit dem kürzlich beschlossenen Thüringer Vergabegesetz nicht gelungen ist, verbindlich die Anwendung eines Mindestlohnes festzuschreiben. Es war wohl wieder einmal der Preis der Koalitionsdisziplin, dass die SPD hier erneut einen Rückzieher gemacht hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Am heutigen Tag der Arbeit bekräftigen wir die Forderungen der LINKEN:

- Thüringen zukunftssicher zu gestalten, heißt den Menschen hier eine Perspektive zu geben. Wer Fachkräfte braucht und haben will, muss sie zuallererst ordentlich bezahlen, sonst ist es scheinheilig, sich über die Abwanderung von jungen Menschen zu beklagen.
- Jeder Mensch in Vollzeit muss von seiner Hände Arbeit leben können ! Keine Arbeit um jeden Preis. Das heißt: 1000 Euro sind nötig, um unabhängig von Sozialtransfers oder der Abhängigkeit in der Familie zu sein.
- Arbeitsplätze können geschaffen werden durch einen ökologischen Umbau der Wirtschaft und durch die dringend notwendige Energiewende. Die LINKE will Lösungen ökologisch und sozial, wir wollen beides

miteinander verbinden, denn es sind zwei Seiten einer Medaille. Mensch und Natur, das gehört zusammen.

- Strategisch brauchen wir für alle eine Arbeitszeitverkürzung, die Stärkung von Arbeitnehmerrechten und die Festschreibung von sozialen Grundrechten in der Verfassung, einschließlich eines einklagbaren Rechtes auf Arbeit.
- Menschen mit und ohne Arbeit müssen in Würde leben können. Eine andere Politik ist dringend nötig, eine Politik, die den Mensch wieder in den Mittelpunkt stellt und nicht das Gefeilsche und um Geld. Wir haben gerade bei Hartz IV und dem so genannten Bildungs- und Teilhabepaket erleben müssen, wie alles zerredet und verbürokratisiert wird, dass bei den Kindern, die so dringend Hilfe brauchen, letztlich gar nichts ankommt.
- Das geht nicht ohne Umverteilung des erarbeiteten Reichtums, ich erinnere nur an die stolze Bilanz der Deutschen Bank, die dieser Tage gezogen wurde. ( 3 Mrd. im ersten Quartal ) Deswegen fordern wir eine Vermögenssteuer und Finanztransaktionssteuer jetzt.
- Wir müssen hier vor Ort damit beginnen und ich bitte euch auch als Politikerin: Lasst uns in den Parlamenten nicht allein. Wir brauchen mehr direkte Demokratie. Nur der Druck von unten und der feste Wille von Menschen, dass es so nicht weiter geht, wird letztlich die Politik zwingen, Veränderungen einzuleiten.

Dafür braucht es starke Gewerkschaften und ich versichere euch, da steht die LINKE an eurer Seite !